

Die Motivation, mich als Kandidaten für Bündnis 90 / Die Grünen aufzustellen, ist vor allem in der Überzeugung begründet, gute gesellschaftspolitische Ideen in die politische Debatte einbringen zu können.

Die Partei Bündnis 90 / Die Grünen erscheint mir immer noch als die einzige, die sich den Herausforderungen, mit denen wir Menschen konfrontiert sind und noch stärker werden, stellt.

Die größten Ansprüche an unsere Gesellschaft entstehen sicherlich aus den Bedrohungen, die durch die klimatischen Veränderungen verursacht werden.

Veränderungen, deren Ursache ganz wesentlich in unserem, des Menschen Wirken hier auf dem Erdball zu finden ist.

Klimatische Veränderungen verursacht durch Wirtschaftssysteme, die in erheblichem Maße darauf begründet sind, natürliche Ressourcen über die Maßen zu gebrauchen, auszubeuten.

Wobei nicht nur die unbegrenzte Ausbeutung der Rohstoffe sondern auch der ungezügelter Verbrauch dieser zu massiven Schädigungen unseres Lebensraumes führt.

Wir haben uns in der Mehrzahl daran gewöhnt, diese natürlichen Stoffe zu verbrauchen, ohne uns über die Folgen dieses Konsums Gedanken zu machen. Gerade in den etablierten Parteien wird bis heute das Thema „Umwelt“ als ein von den „Grünen“ erfundenes verstanden.

Erfunden, um Menschen unnötigerweise zu beunruhigen.

Wir haben als Bewohner des Ökosystems „Erdball“ jedoch nur eine Wahl, um zukünftiges, menschenwürdiges Leben hier auf Erden zu gewährleisten: Wir müssen uns als Teil dieses Ökosystems begreifen.

Dazu ist es erforderlich, die Bedingungen, nach denen dieses System funktioniert, anzuerkennen, zu akzeptieren, jedenfalls soweit sie bekannt sind.

Diese Bedingungen stehen ganz offensichtlich in einem starkem Gegensatz zu unserer Art des Wirtschaftens.

Eine stets zunehmende Ausrichtung der Handlungen aller Wirtschaftsteilnehmer auf Profit scheint dabei Ursache zu sein.

Am Beispiel Bundesrepublik Deutschland kann, wie ich meine, in den letzten 20 Jahren eine dramatische Veränderung der gesellschaftlichen Zielvorstellungen festgestellt werden.

Waren die ersten Jahrzehnte unserer Republik auch geprägt von einem starken sozialen Aspekt in der Wirtschaftspolitik, so ist dieser heute bis auf verbale Bekundungen nicht mehr zu erkennen.

Heute scheinen die Argumente des Kapitals das Regiment übernommen zu haben.

Die Motivation wirtschaftlichen Handelns entsteht nicht mehr in der Frage: Wie können wir dem Menschen Gutes tun, sondern darin, wie kann Geld am schnellsten und möglichst maximal vermehrt werden.

Das Kapital hat es in den letzten 20 Jahren geschafft, die Fesseln, die eine sozialpolitische Gesetzgebung ihm wohlweislich angelegt hatten, zu zerschneiden.

Ohne solche Rahmenrichtlinien verselbständigt sich Kapital. Dabei bedient es sich Menschen, die ihm dienstbar sind oder besser, es baut ein Netzwerk solcher Bediensteten auf.

Die Spitze dieser Hierarchie von „Dienstleuten“ wird gebildet von Managern, Vorständen u.ä., die oft letztlich dem Aber-Glauben verfallen, mit 10 statt 5 Millionen Geldeinheiten Gehalt pro Jahr ihr persönliches Wohlbefinden steigern zu können.

Diese haben stets das Bestreben, sich zur Erreichung ihrer individuellen monetären Ziele der sog. politischen Elite zu bedienen.

Hier wird ein starkes Konfliktfeld deutlich. Der Vorstand eines Aktienunternehmens sieht sich vor allem den Interessen seiner Geldgeber verpflichtet, während sich die Politik der Gesellschaft als Ganzes verpflichtet fühlen sollte.

Ich meine, daß an diesem Punkt eine starke Veränderung im Verhalten der bundesdeutschen Politik festzustellen ist.

5.400.000.000.000 € haben die Deutschen lt. einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung heute angehäuft.

Die reichsten 10 Prozent der Deutschen besitzen fast zwei Drittel des Volksvermögens – während die Hälfte der Bürger „so gut wie nichts“ besitzt. „Das gesamte Einkommen dieser Gruppe diene im Prinzip dem Konsum oder der Tilgung von Schulden.“

Politische Verantwortung stellt sich anders dar.

Kapital verhält sich, so denn einmal entfesselt, wie ein Schneeball, den man von einer hohen Bergspitze ins Rollen bringt.

Je länger er rollt, desto größer die Gefahr, die sich in ihm verbirgt.

Es denkt jedoch nicht langfristig.

Es ist vielleicht mit mehr Komplikationen, mit mehr Aufwand verbunden, den Gedanken des Umweltschutzes in die Handlungen einfließen zu lassen.

Ölressourcen selbst unter der Natur gebliebenen Antarktis auszubeuten, verspricht wohl größeren Gewinn in kürzerer Zeit als Alternativenergien zu entwickeln.

Da langfristiges Denken dabei entfällt, haben die Handlungsfolgen wie Zerstörung von Naturräumen und somit Lebensräumen und die Folgen des Verbrauchs dieses Öls wie Klimaschäden keine Bedeutung.

Sie würden Bedeutung erlangen, wären diese Folgewirkungen mit Kosten verbunden.

Das Konzept „Grüne Marktwirtschaft“ zeigt hier, wie ich meine, mit den Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bildung „ehrlicher“ Preise sehr gute Handlungsempfehlungen auf.

Nachhaltigkeit, eine Gedanke, der bereits vor Jahrhunderten in der Fortwirtschaft entwickelt wurde und letztlich besagt, man möge aus einem Waldstück innerhalb eines Zeitraumes nur soviel Bäume schlagen, wie auch wieder nachwachsen.

Der Aufgebrauch des Waldes und damit einer lebenswichtigen Ressource sollte damit vermieden werden.

Auf uns übertragen bedeutet dies, wir müssen unsere Marktwirtschaft so umbauen, daß die Folgen wirtschaftlichen Handelns in die Findung einer Handlungsentscheidung mit einfließen und berücksichtigt werden müssen.

Wir benötigen eine Wirtschaftsweise, die uns die Befriedigung unserer Bedürfnisse ermöglicht, ohne dies zukünftigen Generationen zu verbauen.

Das Wirtschaftswachstum werden wir den ökologischen Kapazitäten anpassen müssen.

Die Maßnahmen der CDU/FDP-Landesregierung besonders in der Lüneburger-Heide wirken da völlig konträr.

Mit der massiven Subventionierung des Neubaus einer Schneehalle in Bispingen, um hier auch im Hochsommer alpine Schneeverhältnisse nachzuahmen, ist klimapolitischer Wahnsinn.

Fünf Millionen Euro hat diese Landesregierung von unseren Steuergeldern genommen, um im norddeutschen Flachland das Ski-Fahren in einer ca. 350 Mtr. langen Halle herzustellen. Hier muß im Sommer mit Strom bei Außentemperaturen von 30°C und mehr eine Hallentemperatur von ca. -4°C hergestellt werden. Dabei wird in einem Monat soviel Strom verbraucht, wie eine mittelgroße Deutsche Stadt in einem Jahr verbraucht. Dies zur Herstellung eines Innenraumklimas, das es den alpinen Wintersportorten zukünftig unmöglich machen wird, Wintersport anzubieten.

Die neueste Entscheidung der Landesregierung, in die Lüneburger-Heide ein Factory-Outlet-Center zu setzen, ist die Fortsetzung einer Politik, die eben nicht nach den Folgen Ihrer Handlungen für den menschlichen Lebensraum fragt, einer Politik, die sich für nicht zuständig erklärt.

Bisher hatten wir eine Ordnung des Raumes, das diesem verschiedene Funktionen zuwies. Grob unterteilt auch in Ober-, Mittel- und Unterzentrum.

Entsprechend dieser Funktionen wurden über Jahrzehnte mit Steuermitteln in erheblicher Höhe Infrastrukturen geschaffen, die eine Versorgung der Menschen gerade auch im ländlichen Raum mit Gütern zusehends verbesserte und eine sehr gute Versorgungssituation erreichte. Ebenso konnte aufgrund intensiver Bautätigkeiten in die Verkehrsinfrastruktur ein hoher Grad der Mobilität erreicht werden.

Diese Standards werden auch aufgrund politischer Entscheidungen der letzten Jahre inzwischen vielerorts nicht mehr erreicht.

Seit einigen Jahren setzt die Politik auf den Bau von immer größeren Einkaufszentren auf bis dato „grünen Wiesen“, in deren Folge sich ein breites Absterben von Einzelhandelsgeschäften in den Dörfern aber auch in Stadtzentren einstellte.

In vielen Dörfern gibt es bereits heute keinerlei Versorgungsmöglichkeiten mehr.

Ebenso hat die Politik es in den vergangenen Jahren versäumt, das Schienennetz sowie den ÖPNV mit dem Bus auf einem für den Bürger annehmbaren qualitativen Stand zu halten.

Das Schienennetz außerhalb der Verbindungslinien zwischen Ballungszentren wurde massiv reduziert oder das Angebot an Zügen auf diesen Schienen erheblich reduziert.

Eine gute Versorgung ist auch heute noch gesichert, nur man muß im Besitz eines Autos sein, um diese sich in immer größerer Entfernung befindenden Einkaufszentren aufsuchen zu können.

Dies führt auch in Anbetracht der sich stark fortsetzenden „Veralterung“ unserer Gesellschaft sowie der bereits bis heute enorm gestiegenen Kosten für den Unterhalt und den Gebrauch eines KFZ zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs.

Anstatt sich der Herstellung einer guten, bürgernahen Versorgungsmöglichkeit zu widmen, was einstmals als politisches Ziel galt, wird nun mit dem Bau eines FOC eine weitere Konkurrenzsituation für den Einzelhandel im ländlichen Raum geschaffen.

Hierbei soll mittels Verträgen auf das Angebotssortiment Einfluss genommen werden, zum Schutze der vorhandenen Einzelhandelsbetriebe.

Die Maxime des Handelns muss bei Objekten mit einem Wirkungsbereich von Hamburg bis Hannover, von Bremen bis Lüneburg und Celle das Interesse der Menschen in Ihrer Gesamtheit, der vielen, vielen kleinen bis mittleren Einzelhandelsunternehmen, der über Jahrzehnte gewachsenen Infrastruktureinrichtungen in dieser Region sein.

In diesem Raum ist in inzwischen 6 Jahrzehnten mit einem hohen finanziellen Aufwand eine Infrastruktur aufgebaut worden, die gerade ob ihrer kleinzelligen, vielschichtigen Erscheinungsform eine Vielfalt bietet, die Tausenden von Menschen Lehrstellen und Arbeitsplätze bietet und auf der anderen Seite in der Lage ist, die Menschen der Region wie als auch die Urlauber mit einem reichhaltiges, vielfältigen Warenangebot zu versorgen. Ein FOC in der LG-Heide, ob nun in Bispingen, Soltau oder anderswo kann sich nicht damit begnügen, seine Kundschaft aus dem Ort selbst oder den angrenzenden Ortschaften zu akquirieren. Es ist darauf angewiesen, die Kaufkraft aus einer Entfernung von bis zu 90 Autominuten heranzuziehen und in sich zu konzentrieren.

Da bei uns Konsumenten, selbst bei solchen mit höheren durchschnittlichen Einkommen, ein begrenztes Budget und eine nach getätigtem Einkauf eingetretene Sättigung vorausgesetzt werden darf, ist eine Kaufkraftverlagerung sehr wahrscheinlich. Aus diesem Grunde wird die Landesregierung auch die Begrenzung des Warenangebots in einem FOC in Ihrem Entwurf aufgenommen haben.

Die Umsatzpotentiale in einem FOC werden lt. einer Untersuchung der BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e.V.) weniger durch Erschließung von Marktlücken sondern durch Umverteilung und Verdrängung gewonnen.

Der Kuchen kann eben nur einmal verteilt werden.

Entsprechend der Angaben der GMA (Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung) sind von einem solchen Verdrängungsprozess nicht nur die Innenstädte betroffen, sondern „sämtliche relevante Betriebstypen in sämtlichen Standortlagen“.

Als weiteres Argument, dass im Focus des Interesses stehen muss, ist die Arbeitsplatzsituation.

Es ist unzweifelhaft, dass in einem FOC Arbeitskräfte zum Verkauf der Waren als auch für die verschiedensten anderen Tätigkeiten benötigt werden.

Ob bei der Schaffung dieser neuen Verkaufsflächen jedoch auch neue, zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, darf angesichts des vorher beschriebenen Verdrängungsprozesses bezweifelt werden.

„FOC zeichnen sich aufgrund ihrer Konzentration durch eine wesentlich geringere Personalintensität aus als der Fachhandel“.

Nicht vergessen werden darf der Aspekt der Synergieeffekte.

Werden durch ein FOC zusätzliche Kaufkräfte für die benachbarten Gemeinden generiert? Kommen potentielle Konsumenten von außerhalb in das FOC und suchen im Vor- bzw. Nachgang ihres dortigen Einkaufs die Dörfer, Städte der Nachbarschaft zum Kauf weitere Waren, Dienstleistungen auf ?

Laut Aussage des BAG konnten europa- und bundesweit solche positiven Kopplungseffekte nur in den seltensten Fällen nachgewiesen werden.

Auch nur dann, wenn benachbarte Innenstädte fußläufig oder unmittelbar mit dem PKW anfahrbar sind. Verbraucher legen zu Fuß selten größere Entfernungen als 100 Meter zurück.

Abschließend muss der klimapolitische Aspekt dieses Vorhabens betrachtet werden. Für das Projekt in Bispingen kann auf Basis von Daten zu Flächenproduktivitäten ein Umsatzvolumen von 36,8 Mio. – 40,7 Mio. € angenommen werden. Unter der wahrscheinlichen Annahme, dass 90 % aller Besucher/Kunden eines FOC mit PKW oder Bussen anreisen, kann von 1540 bis 1700 An- und Abfahrten ausgegangen werden. Das Einkaufstouren über immer größere Entfernungen nun wieder als politisches Ziel und ebenso als Fortschritt erklärt werden sollen, ist absurd. Dies ist ein weiterer eklatanter Schritt in die falsche Richtung.

Wir wissen, dass aufgrund des seit längerer Zeit verantwortungslosen Umgangs mit unseren Ressourcen wir heute vor unmittelbar bevorstehenden und aktuellen Klimaveränderungen mit für uns dramatischen Folgen stehen.

Unter der weiteren Voraussetzung, dass unsere essentiellen Ressourcen wie Luft, Wasser, Boden auch in nur begrenztem Umfang zur Verfügung stehen und einer pfleglichen Behandlung bedürfen, um unser Leben hier auf Erden weiterhin zu ermöglichen, kann ein solches für die Versorgung unserer Gemeinden nicht notwendiges Projekt nur Ablehnung finden.

Der Vorteil eines FOC im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens liegt unstrittig bei den Investoren. Die Investitionskosten für ein solches Projekt auf der grünen Wiese liegen erheblich unter denen eines Projektes in einem Oberzentrum.

Diese Interessen Weniger können jedoch nicht zur Neugestaltung unserer gesetzlichen Grundlagen führen, die in ihrer Konsequenz zu erheblichen Nachteilen für uns Menschen führen würden.

Daß dabei eine Baumaßnahme von derartigem Umfang keine Versuchsanlage sein kann und auch nicht sein wird, wie man es uns erklären will, ist wohl jedem klar, muss als hilfloser Erklärungsversuch gewertet werden und bedarf keiner weiteren Reaktion.